

# PROTOKOLL

## **33. Sitzung des Gemeinderates vom Mittwoch, 23. Januar 2019 um 19.30 Uhr im Gemeindegemeinschaftssaal**

### **Anwesend:**

Bgm. MMag. Monika Wechselberger  
Bgm-Stv. Franz Eberharter  
GV Hans Jörg Moigg  
GV Markus Bair  
GV Notburga Huber  
MGR Wolfgang Höllwarth  
MGR Franz-Josef Eberharter, BA  
MGR Johannes Valentin, BA  
MGR Martina Kröll  
MGR Renate Huber-Rahm  
MGR-EM Hansjörg Eberharter (für MGR Hansjörg Geisler)  
MGR-EM Tobias Reitmeir (für MGR Susanne Kröll)  
MGR-EM Gernot Hafner (für MGR Heidi Lassnig)  
MGR-EM Hermann Kröll (für MGR Johann Georg Geisler)  
MGR-EM Reinhard Gröblacher (für MGR Markus Freund)

### **Schriftführer:**

Bauamtsleiter DI Andreas Walder zu TO-Punkten 4 bis 8  
Amtsleiter Dr. Wolfgang Stöckl zu allen übrigen Punkten

### **Tagesordnung:**

- 1.** Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit
- 2.** Genehmigung Protokoll 32. Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2018
- 3.** Genehmigung Protokoll 19. Kulturausschusssitzung vom 17. Jänner 2019
- 4.** Angebot für die Begleitung des Projekts zum Neubau des Bahnhofs Mayrhofen mit Unterflurtrasse B169
- 5.** Genehmigung Protokoll 20. Sitzung Ausschuss für Dorfentwicklung und Raumordnung vom 08.01.2019
- 6.** Änderung des Bebauungsplanes im Bereich Hauptstraße - Lacknerfeld (Fam. Kostner); gem. Entwurf GZ. 2019-01

7. Erlassung eines Bebauungsplanes im Bereich Kreuzung Hauptstraße - Pfarrer-Krapf-Straße - Mo`s; gem. Entwurf GZ. 2018-11;
8. Genehmigung Protokoll 24. Sitzung des Ausschusses für Verkehr vom 13.12.2018
9. Ausschreibung Vergnügungssteuer für Glücksspielautomaten sowie Wettterminals (Videoterminals) gemäß § 16 Abs. 1 Ziff. 9 i.v.m. § 17 Abs 3. Ziff. 1 FAG 2017
10. Genehmigung Protokoll 12. Überprüfungsausschuss-Sitzung vom 17. Dezember 2018
11. Beratung / Beschlussfassung über den Inhalt der Mediadaten 2019 für die "Zillertaler Heimatstimme"
- 11.1. Ausschreibung Assistentkraft für Schülerhort
12. Berichte Bürgermeisterin, Anträge, Anfragen, Allfälliges (§ 35 Abs. 4 TGO)

**1) Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Bürgermeisterin, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

Die Bürgermeisterin eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit [608]fest.

Gegen die Tagesordnung besteht kein Einwand.

Gemäß § 28 Tiroler Gemeindeordnung wird Herr Ersatzgemeinderat Hermann Kröll angelobt.

MGR Martina Kröll bringt als Obfrau des zuständigen Ausschusses sodann für die „Liste 1 – Gemeinsam für Mayrhofen“ den Dringlichkeitsantrag gemäß § 35 Abs. 3 Tiroler Gemeindeordnung ein, der sich mit dem Thema **Ausschreibung einer weiteren Betreuungsperson im Schülerhort** befasst.

Auf Anfrage der Vorsitzenden nach dem genauen Inhalt des Antrages liest die Obfrau des Schulausschusses diesen vollinhaltlich vor und verweist auf den derzeit nicht gesetzeskonformen Personalstand, der sich besonders verschärft, wenn eine der beiden Hortbetreuerinnen krankheitsbedingt oder aus anderen Gründen ausfällt.

Sodann wird der Dringlichkeitsantrag einstimmig als Tagesordnungspunkt 11.1. aufgenommen.

Danach stellt GV Hans Jörg Moigg den Dringlichkeitsantrag de Liste 1 wegen mangelnder **Polizeipräsenz im Ortsgebiet** mit dem Inhalt, die Bürgermeisterin

möge in Anbetracht der jüngsten Gewaltdelikte in den Nachtstunden wegen akutem Handlungsbedarf zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit beitragen und sich beim Polizeikommando bzw. Innenministerium für mehr Personal in der Nacht einsetzen.

Die Vorsitzende vertritt darauf die Meinung, dass dieses Thema nicht in Form eines Dringlichkeitsantrages zu behandeln ist, sie werde sich aber der Sache annehmen und mit dem Kommandanten Paul Scheffauer wegen höherem Personaleinsatzes in Kontakt treten.

## **2) Genehmigung Protokoll 32. Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2018**

Zu Seite 590 / Mitte (**Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen**) erkundigt sich MGR Wolfgang Höllwarth, ob die Anschaffung bereits getätigt wurde, worauf dies die Bürgermeisterin bejaht und der Bürgermeister-Stellvertreter auf den diesbezüglichen Wortlaut des jüngsten Verkehrsausschussprotokolls verweist.

Sodann stellt MGR Höllwarth die Anfrage, ob die Parkscheinautomaten schon auf die neuen Tarife umgestellt wurden und ob dies von der Gemeinde gemacht werden konnte, worauf dies die Bürgermeisterin bejaht und ergänzt, dass zwei alte Parkscheinautomaten ausgetauscht werden mussten.

Zu Seite 593 / 3. Absatz (**Rote-Nasen-Lauf**) wird die Formulierung über Wortmeldung auf Antrag von Ersatzgemeinderat Reinhard Gröblacher insofern geändert, als dieser im letzten Teil wie folgt lautet:

*„Die Obfrau des Schulausschusses MGR Tina Kröll berichtet über einen Betrag von € 531,61 welcher von der Veranstaltung „Rote-Nasen-Lauf“ übrig geblieben und zwischenzeitlich in der Gemeindegasse zur späteren Verwendung für einen wohltätigen Zweck hinterlegt ist.“*

Mit dieser Korrektur wird klargestellt, dass der erwähnte Geldbetrag in keinem Zusammenhang mit der Computeranschaffung für die NMS steht.

Zu Seite 595 / 1. Absatz (**Europahaus-Budget für 2019**) berichtigt Vizebgm. Eberharter den Protokollwortlaut dahingehend, als der Gemeinderat keinen Beschluss gefasst hat, sondern den ergänzenden Betrag von € 20.000,-- gemeindeseits aufzubringen, sondern diese Summe aus dem Rechnungsüberschuss des betreffenden Jahres entnommen wird.

Zu Seite 600 / vorletzter Absatz (**Antrag Fam. Hermann und Monika Stöckl für Ankauf Gemeindegrund von 11 m<sup>2</sup>**) wird das Protokoll auf Antrag von Gemeindevorstand Markus Bair wie folgt berichtigt:

*„Im Gemeinderat vom 12. Dezember 2018 wurde zum weiteren Vorgehen festgelegt, es möge mit Familie Stöckl von Seiten des Bauamtes ein Gespräch über eine Tauschmöglichkeit der Grundfläche im Zusammenhang mit der Sanierung der Tuxer Straße im Bereich des öffentlichen Gehsteiges abgehalten werden“.*

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes berichtet Tina Kröll als zuständige Obfrau für Schule und Bildung von ihrem Gespräch mit der Volksschuldirektorin, wonach es zum Thema „Mobbing“ Beratungslehrer mit entsprechendem Schüler- und Elternkontakt gibt. Interessierte Gemeinderatsmitglieder können sich bei Frau VD Valentin gerne ein Bild dieser Beratungstätigkeit in der Schule machen.

Im Übrigen erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Protokoll und wird dieses sodann samt den darin enthaltenen Beschlüssen einstimmig genehmigt und gemäß § 46 (4) Tiroler Gemeindeordnung 2001 unterfertigt.

### **3) Genehmigung Protokoll 19. Kulturausschusssitzung vom 17. Jänner 2019**

Obfrau GV Burgi Huber trägt dieses Protokoll vor und erklärt eingangs, dass die Anhänge „Jahresrückblick 2018“ sowie „Protokoll über die Programmpunkte „Talschaftstreffen“ leider nicht dabei waren und später zugesandt werden.

Beim Jahresrückblick 2018 verweist die Kulturreferentin nochmals auf die sehr gelungene Ausstellung im „Schloss Fügen“ und empfiehlt den Besuch dieser Ausstellung.

Zum Thema **Talschaftstreffen** ersuchen die Kulturreferentin und der Vizebürgermeister, die Gemeinderäte mögen den Termin 20. und 21. September 2019 verlässlich in Vormerk nehmen, zumal es sich um eine Großveranstaltung in Sand in Taufers mit ca. 600 erwarteten Besuchern handelt und sprechen zugleich die Möglichkeit der Wanderung über das Hundskehlloch oder über das Mitterloch an.

Weiters wird vorgeschlagen, die Obleute traditioneller Ortsvereine möglichst bald mit dem Thema „Talschaftstreffen“ zu befassen, eventuell sogar im Rahmen einer weiteren Kulturausschusssitzung.

Zum Thema **50 Jahre Markterhebung** nennt Obfrau GV Burgi Huber die voraussichtlichen Termine 23. oder 24. August und GV Hans Jörg Moigg schlägt vor, die Bürgermeister der Partnerstädte einzuladen, worauf Obfrau Huber erklärt, die Einladungsliste sei vom Kulturausschuss noch nicht zur Gänze fertiggestellt und es könne auch diesbezüglich eine Ergänzung gemacht werden.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes vereinbaren Bürgermeisterin und Kulturreferentin noch ein gemeinsames Gespräch zum **Thema Vorschläge für Landesehrungen**.

Sodann erfolgen keine Wortmeldungen mehr und das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

#### 4) Angebot für die Begleitung des Projekts zum Neubau des Bahnhofs Mayrhofen mit Unterflurtrasse B169

Seit 2014 wird die Projektgruppe zur Umsetzung des Bahnhofs, der Unterflurtrasse und der Eisenbahnkreuzung Schwendaustraße von Jochl Grießer als Vortreiber und Kümmerer begleitet.

Mit Ende März 2019 verabschiedet sich Herr Grießer in den wohlverdienten Ruhestand.

Nachdem seine Firma von der GemNova übernommen wurde, bietet diese nun an, dass die Arbeit nunmehr von Herrn Magnus Gratl weitergeführt wird.

Dazu liegt ein Angebot für die Begleitung des Projektes vor.

Abgerechnet wird nach tatsächlich erforderlichem Aufwand.

Die Stundensätze orientieren sich an den bisherigen Stundensätzen wie sie von Herrn Grießer verrechnet wurden.

An den Kosten beteiligen sich die Zillertalbahn, das Land Tirol, der VVT und die Marktgemeinde Mayrhofen.

Ob auch der Planungsverband gewonnen werden kann, ist noch offen.

Veranschlagt werden für das nächste Jahr ca. € 17.000,-- bei einem absehbaren Anteil von einem Viertel bis einem Fünftel entspräche dies einem Anteil für die Marktgemeinde Mayrhofen von ca. € 3.400,-- bis € 4.250,--.

Nach kurzer Diskussion, in der die Abschätzung der Notwendigkeit dem Verkehrsausschuss zugesprochen wird und der Tatsache, dass dieser Betrag budgetär bereits vorgesehen ist, stimmt der Gemeinderat für die Übernahme ihres Kostenanteiles laut vorliegendem Angebot zu.

#### **5) Genehmigung Protokoll 20. Sitzung Ausschuss für Dorfentwicklung und Raumordnung vom 08.01.2019**

Raumordnungsausschussobmann Franz-Josef Eberharter trägt dieses Protokoll vor. Er geht eingehend auf den

TO.Pkt. 2 **Bebauungsplan Einfahrt Mitte – Pfister** ein. In der Besprechung mit der Familie Pfister und deren Projektanten wurde der Projektentwurf zusammen mit dem raumordnungsfachlichen Begleiter der Marktgemeinde Mayrhofen, Herrn Dr. Erich Ortner, besprochen. Von Dr. Ortner wurde ein erster Bebauungsplanentwurf vorgelegt. Dieser sieht eine deutliche Strukturierung des Planungsgebietes vor. Realisiert wird dies mit der Einführung einer maximalen Grundstückgröße, was zur Folge hat, dass das Grundstück zumindest in 3 Bauplätze unterteilt werden muss. Weiters soll eine Nutzflächendichte zur Begrenzung der Baumassen eingeführt werden. In weiterer Folge wird nun die Familie Pfister das Projekt im Hinblick auf diese Vorgaben überarbeiten. Geringfügige Abweichungen sind jedoch möglich.

Zu TO.Pkt. 3 **Umwidmung im Bereich Hochstegen – Widner** wird berichtet, dass zwischenzeitlich ein Projekt vorgelegt wurde.

Zu TO.Pkt. 4 **Umwidmung im Bereich Hollenzen – Moigg** wird festgestellt, dass es sich um einen einheitlich als Gewerbegebiet gewidmeten Bereich handelt. Eine Inselwidmung „gemischtes Wohngebiet“ wäre völlig kontraproduktiv. Der Gemeinderat schließt sich der Auffassung des Raumordnungsausschusses an.

Die weiteren Tagesordnungspunkte, die die Erlassung von Bebauungsplänen beinhalten, werden in den folgenden Punkten dieser Sitzung behandelt. Einzig der TO.Pkt. 6.2. **Flächenwidmung Dornau – Rotes Kreuz** wird noch insofern erwähnt, als der Antrag des Roten Kreuzes abgelehnt wird. Seitens des Gemeinderates wird dem nichts mehr hinzugefügt.

Das Protokoll wird vom Gemeinderat einstimmig zur Kenntnis genommen.

**6) Änderung des Bebauungsplanes im Bereich Hauptstraße - Lacknerfeld (Fam. Kostner); gem. Entwurf GZ. 2019-01**

Inhaltlich wird dazu auf das Raumordnungsausschussprotokoll verwiesen. Von Franz-Josef Eberharter wird noch erwähnt, dass im Vergleich zum bestehenden Bebauungsplan neben den Fluchtlinien auf der Westseite die Baumassendichte von 3,5 auf nunmehr 4,0 angehoben wurde. Dies ist vertretbar, da auch die Gebäude auf der gegenüberliegenden Straßenseite aufweisen.

Von Wolfgang Höllwarth wird positiv hervorgehoben, dass sich die Mindestabstände offensichtlich nun doch mit der „300 m<sup>2</sup> Regel“ umgehen lassen. Woraufhin DI Walder erklärt, dass in diesem Fall die Ziehung einer Straßenfluchtlinie möglich und sinnvoll war. Dies wäre aber nicht immer zielführend. Der bestehende Weg auf der Westseite ermöglicht die Festlegung der Straßenfluchtlinie. Dies hat nichts mit dem angrenzenden 300 m<sup>2</sup> großen Freilandgrundstück im Eigentum des Widmungswerbers zu tun.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den von DI Andreas Walder ausgearbeiteten Bebauungsplanentwurf vom 21.12.2018 im Bereich Hauptstraße – Lacknerfeld, GZ. 2019-01 gemäß § 66 Abs. 1 TROG 2016 durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wird gemäß § 66 Abs. 2 TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Neuerlassung des Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme einer hierzu berechtigten Person oder Stelle zum Entwurf abgegeben wird.

**7) Erlassung eines Bebauungsplanes im Bereich Kreuzung Hauptstraße - Pfarrer-Krapf-Straße - Mo`s; gem. Entwurf GZ. 2018-11;**

Franz-Josef Eberharter erklärt anhand einer Lichtbildprojektion das Vorhaben der Familie Lechner. Geplant ist das derzeitige Dachgeschoss als Vollgeschoss auszubauen. Nach Baumaßnahmen hat das Gebäude drei Vollgeschosse. Oben wird das Haus mit einem Zeltdach abgeschlossen. Die Außenumrisse verändern sich nicht. Die zwei nördlich gelegenen Grundstücke werden in den Bebauungsplan miteinbezogen. Damit ist das gesamte Gebiet mit Bebauungsplänen erfasst (Schule, Hauptstraße Süd, gegenüberliegende Straßenseite). Für die gekuppelte

Bauweise zwischen dem Grundstück der Familie Lechner und dem nördlich angrenzenden Grundstück liegt von allen Eigentümern eine Zustimmungserklärung vor.

Markus Bair wirft ein, dass nun im Zentrum mehrere Bebauungsplanverfahren laufen bzw. kürzlich abgeschlossen wurden. Er poche weiterhin auf die Erarbeitung von Gestaltungsrichtlinien. Woraufhin Franz-Josef Eberharter bemerkt, dass grundsätzliche Planungsrichtlinien im örtlichen Raumordnungskonzept verankert sind. Ansonsten könne nicht die ganze Gemeinde über einen Kamm geschert werden. Jeder Ort in Mayrhofen ist anders zu betrachten. So ist das derzeitige Bebauungsplanverfahren an der Einfahrt Mitte komplett anders zu sehen als das nur ca. 150 m entfernte gegenständliche Bebauungsplanverfahren. Bauhöhen und Baumassendichten sollten immer Straßenzugweise festgelegt werden. Das mache am meisten Sinn.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den von DI Andreas Walder ausgearbeiteten Bebauungsplanentwurf vom 16.10.2018 im Bereich Kreuzung Hauptstraße – Pfarrer-Krapf-Straße – Mo`s, GZ. 2018-11 gemäß § 66 Abs. 1 TROG 2016 durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wird gemäß § 66 Abs. 2 TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Neuerlassung des Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme einer hiezu berechtigten Person oder Stelle zum Entwurf abgegeben wird.

#### **8) Genehmigung Protokoll 24. Sitzung des Ausschusses für Verkehr vom 13.12.2018**

Ausschussobmann Markus Bair trägt dieses Protokoll vor.

Auf Anfrage von Renate Huber-Rahm berichtet der Ausschussobmann zu TO.Pkt. 2 (**Tätigkeitsbericht Tiefgarage**) über das Gespräch mit Florian Hauser. Der Amtsleiter bestätigt, dass es nunmehr eine Regelung für die Rufbereitschaft in der Tiefgarage gibt.

Zu TO.Pkt. 3 **Auswertungen Tiefgarage**, wird über das vorgeschlagene 8-Tages-ticket zu € 50,-- diskutiert. Johannes Valentin erklärt dazu, dass er einen ähnlichen Vorschlag schon früher gemacht habe, dieser aber abgelehnt wurde. Hans Jörg Moigg ist dazu der Meinung, dass sich die Gemeinde mit solch günstigen Dauertickets nicht selbst Konkurrenz machen darf. Besser wäre es, die sonstigen

legalen und illegalen Parkplätze wie z.B. am Waldfriedhof besser zu kontrollieren und damit mehr Auslastung in der Tiefgarage zu erreichen. Auch Wolfgang Höllwarth gibt zu bemerken, dass das Jahresticket für Hotel und Gastronomie € 1.100,- kostet. Da aber niemand die Tiefgarage wirklich für 365 Tage im Jahr braucht, könnte der Kauf von aneinandergereihten 8-Tagestickets sogar billiger kommen. Weiters bekräftigt er, dass aus seiner Sicht in der Tiefgarage bisher nichts geschehen sei.

Die Bürgermeisterin berichtet über ein Gespräch mit Josef Reiter von der Bergbahn. Es sollte überlegt werden, das dritte Untergeschoss sehr günstig an Mitarbeiter von Mayrhofner Betrieben zu vermieten. Es gebe auch viel Nachfrage vom Tourismusverband.

Ansonsten werden keine wesentlichen Anmerkungen zum Protokoll gemacht. Der Gemeinderat nimmt das Protokoll zur Kenntnis.

**9) Ausschreibung Vergnügungssteuer für Glücksspielautomaten sowie Wettterminals (Videoterminals) gemäß § 16 Abs. 1 Ziff. 9 i.v.m. § 17 Abs 3. Ziff. 1 FAG 2017**

Auf Ersuchen der Bürgermeisterin erläutert Amtsleiter Dr. Stöckl die Möglichkeit, nach der Novelle zum Vergnügungssteuergesetz gemäß Ermächtigung nach dem Finanzausgleichsgesetz des Bundes für Glücksspielautomaten eine Vergnügungssteuer einzuheben.

Einen besonderen Schwerpunkt dieser Einnahmemöglichkeit bilden die Glücksspielautomaten am Standort „Am Marienbrunnen 346“, welche bisher einer alten Regelung im Zusammenhang mit dem Getränkesteuerentfall unterlagen und diese Regelung mittlerweile ausgelaufen ist.

Weiters wird berichtet über die Erhebung des Amtes, wonach die Städte Kufstein, Kitzbühel, Schwaz und Innsbruck jeweils den Höchstsatz der möglichen Vergnügungssteuer ausgeschöpft haben.

Abschließend erläutert der Amtsleiter das weitere Vorgehen, wonach im Falle einer heutigen Beschlussfassung diese Ausschreibung der Steuer über 14 Tage kund zu machen und sodann der Aufsichtsbehörde vorzulegen ist.

Sodann beschließt der Gemeinderat, per Verordnung wie folgt auszuschreiben:

*„Der Gemeinderat beschließt die Ausschreibung von Vergnügungssteuer für Glückspielautomaten (Videoterminals) und Wettterminals gemäß §§ 1 und 2 Tiroler Vergnügungssteuergesetz in der geltenden Fassung in Verbindung mit § 16 Abs. 1 Ziffer 9 und § 17 Abs. 3 Ziffer 1 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 2017 mit einem monatlichen Betrag von € 700,-- je Automat. Wenn mehr als 3 Glückspielautomaten am Aufstellungsort in einer organisatorischen Einheit zusammengefasst sind, erhöht sich dieser Steuersatz um 100 %.“*

**10) Genehmigung Protokoll 12. Überprüfungsausschuss-Sitzung vom 17. Dezember 2018**

Gemeindevorstand Markus Bair trägt als zuständiger Obmann dieses Protokoll in geraffter Form vor und er berichtet über die erfolgte Belegsprüfung.

Die im Protokoll erwähnten Abklärungen des Obmannes mit der Kassenleiterin sind noch nicht zur Gänze erfolgt und werden noch vorzunehmen sein.

Nachdem noch eine kurze Wortmeldung in Sache „Art der Spende der Gemeinde bei Beerdigung von Ehrenzeichenträgern“ erfolgt, wird dieses Protokoll ohne weitere Ergänzungen einstimmig genehmigt

**11) Beratung / Beschlussfassung über den Inhalt der Mediadaten 2019 für die "Zillertaler Heimatstimme"**

Die Bürgermeisterin verteilt heute die Übersicht „Mediadaten“ und ersucht, allfällige Änderungswünsche dem Amt bis spätestens Montag, 28. Jänner, bekannt zu geben. Wenn dieses Datenblatt keine Änderungen mehr erfährt, wird dieses ab der 5. Kalenderwoche an Kunden und Geschäftspartner verteilt.

**Beratung:**

Vizebgm. Franz Eberharter erkundigt sich, ob sich bei den Inseratenpreisen gegenüber der bereits erfolgten Beschlussfassung Änderungen ergeben haben, worauf die Bürgermeisterin von „leichten Anpassungen“ spricht und ergänzend anführt, dass z.B. in der morgen erscheinenden Ausgabe mit 32 Seiten Textteil und 9 Seiten Inseratenteil ein sehr ausgewogenes Verhältnis gegeben ist.

Neuerlich appelliert sie an die Unterstützung aller Gemeinderatsmitglieder, gute Ideen und Ratschläge einzubringen und damit ihr eigenes Bemühen zu unterstützen, z.B. Schwerpunkte mit einzelnen Gemeinden des gesamten Tales in die

„Heimatstimme“ einzubauen, wie dies zuletzt mit dem „Schwerpunkt Stumm“ sehr gut gelungen ist.

Auf Anfrage von MGR Johannes Valentin, auf welchem Wege die Mediadaten kommuniziert werden, erklärt die Bürgermeisterin, die Chefredakteurin werde diese Mediadaten vor allem als sauber gestaltete Grundlage im Gespräch mit Großkunden benötigen.

Bei dieser Gelegenheit stellt MGR Franz Josef Eberharter die Anfrage nach dem derzeitigen Arbeitsumfang der Redakteurin, worauf die Bürgermeisterin hervorhebt, dass sowohl der wöchentlich erscheinende Leitartikel „Aufblattl't ebenso zeitaufwändig ist wie die spezifische Aufarbeitung von Themen und die erforderliche Kontaktpflege zur Netzwerkarbeit.

MGR Renate Huber-Rahm sieht im Vergleich zum früheren Redakteur, der nur in geringem Stundenausmaß beschäftigt war, kein besonderes Erfordernis an Mehrarbeit der jetzigen Redakteurin im Sinne einer „Fast-Vollbeschäftigung“, worauf die Bürgermeisterin die Unterscheidung trifft, dass die jetzige Redakteurin recherchiert, hingegen früher der Schwerpunkt auf der Sammlung und Ordnung eingelangter Texte lag.

GV Burgi Huber ergänzt, sie habe eine Teilnahme der Redakteurin zu verschiedenen Anlässen, z.B. berichtenswerten Abendveranstaltungen, noch nicht wahrgenommen.

Sodann verweist die Vorsitzende nochmals auf die mögliche Stellungnahme zu den Mediadaten bis längstens 28. Jänner und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

### **11.1) Ausschreibung Assistentkraft für Schülerhort**

Dringlichkeitsantrag zu personeller Besetzung Hort:

Nachdem die zuständige Obfrau MGR Tina Kröll sowie GV Hans Jörg Moigg nochmals kurz die zeitlichen Abläufe und die Bemühungen der Hortleitung zur Schaffung einer geeigneten personellen Ausstattung erläutern, ergehen keine Wortmeldungen mehr und es wird der einstimmige Beschluss gefasst, für den Hort eine Stellenausschreibung für die erforderliche Stützkraft im Ausmaß von 20 Wochenstunden unverzüglich vorzunehmen.

**12) Berichte Bürgermeisterin, Anträge, Anfragen, Allfälliges (§ 35 Abs. 4 TGO)**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ersucht die Bürgermeisterin um Vertretungen bei diversen **Einladungen und Gratulationen** und gibt den Termin zur nächsten Gemeindevorstandssitzung am 1. Februar und der nächsten Gemeinderatssitzung mit 13. Februar bekannt.

Zum Abschluss ihrer Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet Bgm. MMag. Monika Wechselberger von der positiven Finanzentwicklung der Gemeinde sowie vom Einlangen der zweiten Kaufpreisrate der Käuferin „Neue Heimat Tirol“ betreffend Grundstück Öffentlicher Wohnbau „Zillerlande“.

Auf Anfrage der Vorsitzenden nach **weiteren Wortmeldungen** berichtet Vizebgm. Eberharter von der notwendig gewordenen **Fräse für den Winterdienst**.

MGR-EM Gernot Hafner bringt seine Wahrnehmungen zur Kenntnis, wonach Schibusse teils mit erhöhter Geschwindigkeit fahren und bei der B 169 von Süden kommen mitunter das Linksabbiegeverbot nicht einhalten und dann Staubildungen provozieren.

MGR Wolfgang Höllwarth erkundigt sich nach dem aktuellen Stand Erhebung **Freizeitwohnsitze**, worauf die Bürgermeisterin die komplexe Rechtsmaterie, beginnend mit dem Schwarzbautensanierungsgesetz 1994 ebenso erwähnt wie die Prüfung datenschutzrechtlicher Erfordernisse zum weiteren Vorgehen.

Bgm-Stv. Eberharter stellt in diesem Zusammenhang die Anfrage, ob ein freier Mitarbeiter im Gemeindeamt noch tätig ist bzw. bis wann dessen Tätigkeit beendet sein wird, worauf Bgm. Wechselberger erklärt, der Genannte sei mit seiner strukturierten Erhebungsarbeit nicht ganz fertig, jedoch sei dies in wenigen Wochen zu erwarten, worauf der Vizebürgermeister auf die bereits abgelaufene Befristung hinweist.

Sodann greift GV Hans Jörg Moigg unter Bezugnahme auf seinen Antrag bei Tagesordnungspunkt 1 die Angelegenheit **Polizeipräsenz in den Nachtstunden** auf und schildert die Besorgnis vieler Menschen, dass Mayrhofen trotz der starken Frequenz zu wenig Exekutivorgane verfügbar habe. Auf den Artikel in der jüngsten Ausgabe des „Bezirksblattes“ über die Silvesternacht wird in diesem Zusammenhang von Moigg verwiesen.

Es gehe nicht an, dass Mayrhofen bei so vielen Menschen auf der Strasse keine ausreichende Besetzung von Bundespolizisten verfügbar habe und erwartet sich zumindest eine Stellungnahme des Postenkommandanten.

MGR Franz-Josef Eberharter schließt sich der Meinung von GV Moigg an und berichtet ergänzend kurz als Betroffener von den unerfreulichen Ereignissen in der Silvesternacht mit einer Besetzung der Bundespolizei durch 2 Beamte.

Die Bürgermeisterin verspricht in diesem Zusammenhang ein Gespräch mit dem Bundespolizeikommandanten.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes beantwortet Bgm-Stv. Franz Eberharter die Anfrage von MGR Renate Huber-Rahm nach Schneeeinbringung in den Ziller und die Bürgermeisterin verweist auf den vorhandenen Bescheid der BH-Umweltabteilung.

Verkehrsausschussobmann GV Markus Bair berichtet über die neuesten Festlegungen **Projektgruppe neuer Bahnhof** und DI Walter verliest auszugsweise das Schreiben von Mag. Gudrun Reymann am 21.1.2019 über die genaue Aufteilung der Zuständigkeiten, worauf über Anfrage von MGR Höllwarth erklärt wird, es gäbe zum Gemeindeanteil Baukosten Straßen bzw. Unterführung noch keine betragsmäßige Festlegung.

**Ende Öffentlicher Teil: 21.24 Uhr**